

Auf den Punkt gebracht

Nr. 3 | Feb. 25

Das BSW: keine Partei der Solidarität – und nicht mal eine Friedenspartei

Viele Menschen waren geschockt, als das BSW am 31. Januar dem Entschließungsantrag der CDU zur pauschalen Abweisung schutzsuchender Menschen an den Grenzen zugestimmt hat – gemeinsam mit der AfD. Doch überraschend war das nicht, wie ein Blick ins Wahlprogramm zeigt.

Hetze gegen Geflüchtete

Das BSW hat schon früh deutlich gemacht, sich inhaltlich nicht klar zur AfD abgrenzen zu wollen. Mit der gemeinsamen Abstimmung mit CDU, AfD und FDP hat sie nun auch praktisch gezeigt: sie hat keinerlei Hemmung, ihre flüchtlingsfeindlichen Positionen auch mit extremen Rechten durchzusetzen.

Das BSW will Geflüchtete, die über einen anderen EU-Staat einreisen, pauschal von Asylverfahren und von Sozialleistungen ausschließen. Noch nicht einmal die Zusicherung, für „Brot, Bett und Seife“ sorgen zu wollen, findet sich in seinem Programm – so weit gehen nicht einmal ihre Abstimmungspartner. Das Existenzminimum gilt für alle Menschen, sagt das Grundgesetz. Das BSW hingegen will Schutzsuchende aushungern.

Wagenknecht und Co. schockieren mit immer neuen, oft falschen Aussagen zu Geflüchteten, sie rücken sie gezielt in die Nähe von Kriminalität und Terrorismus. Als wären die Geflüchteten schuld an allem Übel. Vorschläge für eine bessere Teilhabe von Geflüchteten gibt es dagegen nicht. Statt dessen werden gezielt schon länger hier lebende Migrant*innen gegen neu ankommende Geflüchtete ausgespielt.

Weder Sozialpolitik noch Umverteilung

Vieles im BSW-Programm klingt nach dem Original, also dem Linke-Programm: eine einheitliche Kranken- und Rentenversicherung für alle Einkommensbezieher*innen, mehr Unterstützung für Familien. Doch hinter ihrem Slogan

von der „Leistungsgerechtigkeit“ verbirgt sich soziale Kälte. Das Bürgergeld soll abgeschafft werden, stattdessen soll es eine „leistungsstarke“ Arbeitslosenversicherung geben. Doch wer „zumutbare“ Arbeit ablehnt, fliegt aus dem Leistungsbezug. Seit Hartz IV wissen wir, was das bedeutet: Drangsalierung von Erwerbslosen. Das BSW will auch eine Vermögensteuer. Doch die soll erst greifen, wenn das Vermögen über 25 Millionen liegt. Das bezeichnet das BSW als „leistungsgerechtes Steuersystem“. Von Umverteilung ist keine Rede.

Friedenspartei? Fehlanzeige.

Das BSW präsentiert sich als einzige Friedenspartei im Bundestag. Im Wahlprogramm fordern sie ein Verbot von Rüstungsexporten in Kriegsgebiete. Punkt. Aber sonst sind Waffenexporte in Ordnung? Ist die Türkei ein Kriegsgebiet? Nein. Dann wäre der Export von Eurofightern, mit denen die Türkei Kurdistan bombardiert, kein Problem?

Die Linke bleibt in der Friedensfrage konsequent: Waffenexporte gehören verboten. Wir wissen: Jede Waffe findet ihren Krieg, egal wohin sie zunächst exportiert wird.

Diese Flexibilität in der Friedensfrage soll dem BSW womöglich auch bei künftigen Regierungsbeteiligungen helfen. In Brandenburg hat das BSW prompt 100 Millionen für den Ausbau des Luftwaffenstützpunkts Holzdorf/Schönwalde abgenickt. DIE Friedenspartei in der Bundesrepublik ist und bleibt Die Linke.

Die Linke Bundesgeschäftsstelle
Kleine Alexanderstraße 28 | 10178 Berlin

Mehr Informationen unter:
www.die-linke.de | kontakt@die-linke.de
V.i.S.d.P.: Janis Ehling

Die Linke